

Gastkommentar. Polen wird der Erpressung Lukaschenkos nicht nachgeben und seine Grenzen schützen.

Es wird nur mit Dialog gehen

VON JOLANTA RÓŻA KOZŁOWSKA

Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze ist seit Wochen Thema ausführlicher Berichte internationaler Medien. Umso mehr freue ich mich, Ihnen dazu einige Punkte darlegen zu dürfen. Zunächst sollten wir die Entstehung der gegenwärtigen Krise Revue passieren lassen: Im Jahr 2020 wurden die Präsidentschaftswahlen in Belarus gefälscht. Hunderttausende Belarussen gingen auf die Straße, um gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Die friedlichen Demonstrationen wurden von Lukaschenkos Regime brutal niedergeschlagen (bis heute sind fast 1000 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen inhaftiert). Die EU hat fünf Sanktionspakete gegen Belarus verhängt, darunter auch Wirtschaftssanktionen. Die Krise, die wir heute an der polnisch-belarussischen Grenze erleben, ist eine Folge dieser Ereignisse. Sie ist die Antwort der belarussischen Behörden auf die entschlossene Haltung der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung der Opposition.

Freiheit und Solidarität sind Werte, die jedem Polen am Herzen liegen. Wir unterstützen die Menschen in Belarus und werden dies auch weiterhin tun. In Warschau gibt es das Diasporazentrum Belarussisches Haus, in dem verschiedene Oppositionsorganisationen zusammengeschlossen sind und sich der Sitz des unabhängigen Fernsehsenders Belsat befindet. Wir haben Tausende von Belarussen aufgenommen, die vor den Repressions des Lukaschenko-Regimes Zuflucht suchten. Einen Symbolwert erlangt die gemeinsame Teilnahme der belarussischen Oppositionsführerin S. Tichanowskaja und des polnischen Präsidenten, A. Duda, an dem von US-Präsident Joe Biden organisierten Gipfel für Demokratie.

Belarus beschränkt sich nicht nur auf die Verfolgung der Opposition, sondern instrumentali-

siert Migranten für seine eigenen politischen Ziele, indem es diese Menschen als Mittel für einen hybriden Angriff auf EU- und Nato-Länder einsetzt. Versuche des illegalen Grenzübertritts, die Zerstörung technischer Barrieren und physische Angriffe auf polnische Beamte werden von belarussischen Spezialdiensten angeleitet und koordiniert. Belarus weigert sich, polnische Hilfskonvois mit Hilfsgütern für Migranten auf seinem Hoheitsgebiet aufzunehmen. Die Schleusung von Menschen ist eine Einnahmequelle für Belarus.

Ernst der Lage deutlich

Die Ostgrenze Polens ist auch die Außengrenze der EU und der Nato. Polen hält seine EU- und Nato-Verbündeten über die Lage an der Grenze auf dem Laufenden und arbeitet eng mit Frontex zusammen. Soldaten aus dem Vereinigten Königreich und Estland sind an der polnisch-belarussischen Grenze im Einsatz. Um seinen europäischen Partnern den Ernst der Lage an der polnisch-belarussischen Grenze noch deutlicher vor Augen zu führen, hat Polens Ministerpräsident, Mateusz Morawiecki, eine Reihe von Auslandsreisen unternommen. Die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze wurde auch in einer außerordentlichen Sitzung des UN-Sicherheitsrats und einer Tagung des Europäischen Rats erörtert.

Polen wird der Erpressung Lukaschenkos nicht nachgeben und seine Grenzen schützen. Gleichzeitig sollten wir uns um eine Deeskalation der Krise bemühen und bereit sein, den Migranten im Hoheitsgebiet von Belarus humanitäre Hilfe zu leisten. Belarus muss jedoch zeigen, dass es bereit ist, auf den Weg der Demokratie zurückzukehren und einen konstruktiven Dialog aufzunehmen, um die politische Krise im Land zu beenden.

Jolanta Róża Kozłowska ist seit September 2017 Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Republik Polen in der Republik Österreich.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

ICH LEBE JETZT SEHR VERDICHTET
DAS SENKT DIE ERHITZUNG



Das regionale Biokistl vor der Tür wird nicht reichen

Agenda 2030. Städte und Gemeinden sind besonders gefordert, Bedingungen zu schaffen, die Menschen nachhaltiges Leben erleichtern.

VON CHRISTIAN KOZINA
UND VERENA GERMANN

Österreichs Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen 100 Jahren stark verändert: Durch die Verfügbarkeit fossiler Energien konnten sie sich schrittweise von regionalen Abhängigkeiten lösen. Die Städte wuchsen in das Umland, der ländliche Raum wurde stärker denn je zersiedelt und der Boden versiegelt. Daraus entstanden jedoch neue Abhängigkeiten: Die meisten Lebensmittel, Rohstoffe und Produkte legen heute weite Wege zurück, bevor sie in den Regalen landen oder als Infrastruktur verbaut werden.

In Städten ist eine Selbstversorgung für die meisten undenkbar. Am Land ist das Auto fast unverzichtbarer Bestandteil des Alltags. Nachhaltig ist das nicht. Die dafür benötigte Energie wird weitgehend aus endlichen Rohstoffen wie Kohle, Öl und Gas gewonnen. Deren Verbrennung beschleunigt

die globale Erwärmung. Rege Bautätigkeit führt zu einem hohen Ressourcenverbrauch. Die langen Transporte benötigen viel Energie. Gleichzeitig schwindet die regionale Versorgungssicherheit, wenn jedes Jahr Hunderte bäuerliche Betriebe das Handtuch werfen und kleine, regionale Unternehmen von großen Ketten und Online-Handel verdrängt werden; wenn man von seltenen Erden abhängig ist, die am anderen Ende der Welt gewonnen werden; und wenn man Technologien benötigt, die man selbst nicht herstellen kann.

Zu wenige, die so handeln

Viele Menschen wollen dagegen etwas unternehmen. Einige gründen Food Coops, andere bestellen wöchentlich regionale Gemüse-kistln und kaufen Bio-FairTrade-Mode. Manche verkaufen oder verschenken Dinge, die sie nicht mehr brauchen; sie nehmen, so oft es geht, das Fahrrad und fahren mit dem Zug in den Urlaub. Unterm Strich sind es jedoch nur we-

nige Menschen, die so handeln. Denn unter den bestehenden Rahmenbedingungen ist es oft leichter, importierte Lebensmittel im Supermarkt zu kaufen, billige Wegwerfmode online zu bestellen, nicht mehr Benötigtes wegzwerfen und die Alltagswege mit dem Auto zurückzulegen.

Städte und Gemeinden sind daher besonders gefordert: Innerhalb ihres Handlungsspielraums müssen sie Rahmenbedingungen schaffen, die es den Menschen erleichtern, nachhaltig zu leben. Das beginnt bei der Raumordnung: Wenn die Orte für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und Bildung nah beisammen liegen, sind die Alltagswege kurz und können leicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Im Gegensatz zu stark zersiedelten Regionen können dicht besiedelte Räume leichter an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Auch die Versorgung mit Strom und Heizenergie wird einfacher – ebenso wie die Er-

PIZZICATO

Superstars

Er war der Superstar, er war so populär, er war so exaltiert... Okay, das exaltiert streichen wir wieder. Aber sonst passt alles. Ein politischer Superstar war er allemal, für die eigenen Anhänger vor allem. Alternativlos. Vor nicht allzu langer Zeit hatte er noch fulminant eine Wahl gewonnen.

Es schien ewig so weiterzugehen. Vor seinem Aufstieg hatte er sich mehr oder weniger elegant seines Konkurrenten entledigt. Seither war es aufwärts gegangen. Nicht alle hatten ihm das zuge- traut, aber bald war klar, dass er die anderen, jedenfalls die in seiner Partei, überragt. Auch über die Grenzen seines Herrschaftsgebiets wirkte er hinaus. Und so war auch seine Regierungszeit lange Zeit von wohlwollender, durchaus anerkennender Berichterstattung geprägt.

Doch dann legte er sich mit den Falschen an. Linken, jungen Aktivisten, die mit und in sympathisierenden Medien natürlich in der Lage sind, jede Menge Wind und Wirbel zu verursachen. Während diese dann recht schnell zu armen Opfern stilisiert werden, bleibt man selbst als autoritärer Charakter übrig. Und büßt an Sympathien ein.

Wir reden natürlich von Michael Ludwig. Von wem sonst, werden Sie jetzt zu Recht fragen. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Einnahmenautomatik statt Ausgabenreform

„Finanzminister Brunner bremst zu Recht“, LB v. Werner Doralt, 5. 12. Die inflationsangepasste Einkommenssteigerung eines Durchschnittsverdieners führt gelegentlich in eine (für ihn nicht gedachte) Progressionsstufe (kalte Progression! Reallohnverlust!), für den von Doralt genannten Bestverdiener wohl nicht. Die Tarifanpassungen (es sollten eigentlich die Tarifstufen angehoben und nicht die Sätze gesenkt werden) nützen dem Durchschnittsverdiener mehr als dem Bestverdiener, er bekommt ja, wenn's gut geht, das „Geraubte“ zurück, der Bestverdiener aber nur zum Teil (es wird ja nur in den unteren Stufen repa-

riert). Zum Argument „Es fehlen dann die budgetären Reserven“: Es ist natürlich einfacher, es bei einer Einnahmenautomatik zu belassen, als sich mit einer Ausgabenreform zu befassen. BM Brunner wird sicher einem Experten wie Werner Doralt eher folgen als kündigt („Presse“-)Journalisten oder Leserbriefschreibern.
Heinz Dim, 4910 Ried (kein Bestverdiener)

Nato-Manöver mit nur politischem Symbolwert

„Was sind Nato-Manöver vor Russlands Toren?“, LB von Franz Reitbauer, 15. 12. Franz Reitbauer hat beim löblichen Bemühen, „die andere Seite zu sehen“, russische Propaganda recycelt, die durch ständige Wiederholung nicht wahrer wird. Ein Versprechen der Nato oder des „Westens“ gegen eine Nato-Osterweiterung hat es nie gegeben. Ein solche Zusicherung hat der damalige Außenminister Genscher zwar Gorbatschow im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ge-

macht. Er war aber nie autorisiert, für die Nato zu sprechen.

Die Nato-Manöver im Baltikum sind angesichts der dortigen Bedrohungslage legitim, haben mit ein paar Spähpanzern und zwei, drei Grenadierbataillonen aber nur politischen Symbolwert. Dagegen veranstaltet Putin zusammen mit Lukaschenko alljährlich die Sapat-Großmanöver mit jeweils 200.000 russischen und belarussischen Soldaten und Hunderten von Kampfpanzern, Bomben, Raketenwerfern, Kriegsschiffen usw. Dieses Jahr wurden erstmals auch Kampfroborer und neue Kampfdrohnen vorgeführt.

Taktisches Ziel des Waffenverbands der Großübungen ist es, einen feindlichen Angriff zurückzuwerfen und aus dem Raum Nordostpreußen (dem Oblast Kaliningrad) und aus Belarus vorstoßend Polen vom Baltikum zu trennen und binnen fünf Tagen Warschau einzunehmen. Statt vom Bedrohungsszenario für Russland zu schwadronieren, sollte man lieber einen Blick auf die mili-

